

Antrag

der CDU-Fraktion

Kommunen stärken – Leistungsfähigkeit erhalten – Identität bewahren

Der Landtag bekennt sich zu folgenden Schwerpunkten:

1. Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur das verfassungsrechtlich verankerte Grundprinzip, sondern muss auch bei parlamentarischen Entscheidungen gewürdigt werden. Das Prinzip der Subsidiarität ist dabei ein zentrales Kriterium.
2. Starke Kommunen brauchen eine solide finanzielle Ausstattung. Landespolitische Voraussetzungen und Planungssicherheit sind dazu ebenso notwendig, wie eigene Einnahmen durch wirtschaftliche Stärke.
3. Sicherheit, Ordnung und Recht müssen insbesondere im unmittelbaren Lebensumfeld - also in den Städten und Gemeinden - gewährleistet werden. Der Landtag bekennt sich zu seiner Verantwortung, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.
4. Eine leistungsfähige Infrastruktur, gute ärztliche Versorgung, schnelle Internetverbindungen und Kinderbetreuung sind wesentliche Bestandteile eines intakten und lebenswerten Umfeldes. Eine solche Daseinsvorsorge gilt es, im ganzen Land aufrecht zu erhalten.
5. Für viele Kommunen ist nicht nur die Qualität der Bildung eine entscheidende Frage, sondern ob einige Schulstandorte überhaupt erhalten bleiben können. Mit Flexibilität und Durchlässigkeit gilt es, alle bestehenden Chancen zu nutzen, die bestehenden Schulstandorten zu erhalten.
6. Notwendige Reformen und Veränderungen dürfen sich nicht zu Lasten der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, des Heimatgefühls oder der Teilhabemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auswirken.

Begründung:

Die Diskussionen im Land haben gezeigt, dass die Verwaltung bürgerfreundlicher und effizienter gemacht werden muss. Hierbei müssen insbesondere die Struktur und die Aufgabenverteilung genau betrachtet werden.

Die Bevölkerungsentwicklung und die finanziellen Perspektiven des Landes erfordern eine offene und konstruktive Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken für Reformen. Im Mittelpunkt dabei muss dabei aber immer der Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger stehen.

Die Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger ein Garant für Bürgernähe, Selbstverantwortung und Transparenz. Die kommunale Selbstverwaltung muss deshalb bewahrt und gestärkt werden.

Wichtigster Baustein für starke Kommunen ist eine solide Haushaltspolitik. Gerade zukunftsorientierte Investitionen, Schuldenabbau und Rücklagenbildung sind unerlässlich. Flächenbedingte Mehrkosten sowie Lasten aus überregionalen Aufgaben müssen bei der Finanzierung der Kommunen stärker berücksichtigt werden.

Sicherheit und Ordnung sind zentrale Aufgaben des Staates. Das Lebensgefühl der Brandenburger wird dabei auch von dem Wissen beeinflusst, sicher und ohne Sorge vor Kriminalität und um ihr persönliches Eigentum leben zu können. Gerade im Rahmen der Polizeistrukturereform ist es notwendig, die Personalausstattung der Polizei nicht auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der Personalabbau muss mit sofortiger Wirkung gestoppt werden.

Um auch in Zukunft sicher und gut leben zu können, bedarf es einer guten Infrastruktur. Dazu gehören erreichbare Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten in der näheren Umgebung, Kinderbetreuung und ein gut ausgebauter Bus- und Bahnverkehr. Gerade die junge Generation auf dem Land braucht dort eine lebenswerte Perspektive.

Schulen müssen dort sein, wo sie gebraucht werden. Notwendig ist ein durchlässiges breites Bildungssystem, in dem klare Leistungs- und Qualitätsstandards gelten. Alle Kinder, egal welcher sozialen Herkunft, sollen die Möglichkeiten für einen erfolgreichen und selbstbestimmten Bildungsweg erhalten.

Gerade der ländliche Raum ist erheblich vom demografischen Wandel betroffen. Diese Situation stellt das Land vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wird seit Jahren über eine grundlegende Verwaltungsreform diskutiert. Diese Debatte muss offen und konstruktiv sein, vor allem aber muss hierbei der Lebensalltag der Brandenburgerinnen und Brandenburger im Vordergrund stehen. Der Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse und einer leistungsfähigen Verwaltung muss Priorität haben. Identitätslose Zentralgemeinden und anonyme Großkreise sind keine Lösung.

Prof. Dr. Michael Schierack
für die CDU-Fraktion